8 LAGEBERICHT

8.1 GESCHÄFTSVERLAUF UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE HANDOVER

8.1.1 Wirtschaftliches Umfeld

8.1.1.1 Entwicklung in Österreich

Die österreichische Wirtschaft befand sich im Zeitraum von Juni 2024 bis Mai 2025 weiterhin in einer herausfordernden Lage. Im Jahr 2024 verzeichnete das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) einen Rückgang von 1,2 %, womit sich die Rezession des Vorjahres fortsetzte. Hauptursachen hierfür waren eine anhaltende Schwäche der Industrie, rückläufige Exporte sowie eine verhaltene private Konsumnachfrage. Für das Jahr 2025 wird hingegen eine moderate Erholung prognostiziert: Das BIP soll um 0,8 % wachsen, gestützt durch eine Stabilisierung der Konsumausgaben und eine Wiederbelebung der Exportwirtschaft (WIFO, 2024; OeNB, 2024a).

Die Inflation hat sich nach einem starken Anstieg im Vorjahr deutlich abgeschwächt. Im Jahr 2024 lag die harmonisierte Verbraucherpreisindex-Inflation (HVPI) bei 2,9 %, vor allem bedingt durch die sinkende Energiepreise und eine gemäßigte Preisentwicklung bei Industriegütern. Für 2025 wird mit einem weiteren Rückgang der Inflation auf etwa 2,4 % gerechnet, wobei das Preisniveau dennoch über dem Durchschnitt der Eurozone bleibt (OeNB, 2024a).

Der Arbeitsmarkt zeigte sich trotz wirtschaftlicher Schwäche vergleichsweise robust. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahr 2024 moderat auf 7,0 % an. Für 2025 wird ein leichter weiterer Anstieg auf 7,4 % erwartet, ehe ab 2026 eine konjunkturelle Erholung zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf etwa 6,9 % führen soll (OeNB, 2024a).

Im Bereich der öffentlichen Finanzen verschlechterte sich der Budgetsaldo weiter. Im Jahr 2024 betrug das Defizit 3,7 % des BIP und soll 2025 auf 4,1 % steigen, was die Maastricht-Kriterien überschreitet. Die Schuldenquote stieg 2024 auf 81,8 % des BIP und wird bis 2027 voraussichtlich auf 84,2 % ansteigen (OeNB, 2024b).

Die Industrieproduktion in Österreich setzte ihren Rückgang im Zeitraum 2024/2025 fort. Hauptgründe hierfür sind eine schwache internationale Nachfrage und strukturelle Herausforderungen, vor allem im Automobilsektor, der einen bedeutenden Anteil an der österreichischen Industrie hat. Diese Entwicklung wurde von mehreren Experten, darunter KPMG und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), bestätigt. Auch Berichte von OTS.at unterstreichen die anhaltenden Schwierigkeiten in der Industrie, die den negativen Trend prägen (KPMG, 2024; WIFO, 2024; OTS.at, 2024).

Im Bereich der Bauwirtschaft stabilisierte sich die Konjunktur nach mehreren Jahren rückläufiger Investitionen auf einem niedrigen Niveau. Dies ist vor allem auf eine Lockerung der Kreditvergabebedingungen und ein günstigeres Zinsumfeld zurückzuführen, die eine leichte Erholung erwarten lassen. Die Expertisen von WIFO und OTS.at heben hervor, dass trotz der Stabilisierung die Unsicherheiten am Markt weiterhin bestehen und eine nachhaltige Erholung noch aussteht (WIFO, 2024; OTS.at, 2024).

Der heimische Tourismus verzeichnete im Sommer 2024 einen Rekordanstieg bei den Nächtigungen. Dieser positive Trend setzte sich auch in der darauffolgenden Wintersaison fort. Der Anstieg der Touristenzahlen trug somit signifikant zur wirtschaftlichen Stabilisierung bei und erwies sich als wichtiger Wachstumstreiber in einem sonst herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld (WIFO, 2024).

Der Ausblick für die Jahre 2026 und 2027 ist vorsichtig optimistisch. Es wird mit einem Wachstum von 1,6 % bzw. 1,3 % gerechnet, getrieben durch eine Erholung der internationalen Nachfrage und eine Stabilisierung der Binnenwirtschaft. Risiken bleiben jedoch bestehen, insbesondere durch geopolitische Spannungen, potenzielle Handelskonflikte sowie weiterhin hohe Energiepreise, die das Wachstum belasten könnten (OeNB, 2024a).

8.1.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung des Gesundheitssektors

Die Gesundheitsausgaben in Österreich haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und machen inzwischen rund 12 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, was leicht über dem EU-Durchschnitt liegt. Für das Jahr 2024 werden die Gesamtausgaben auf etwa 50 Milliarden Euro geschätzt, was einem Anstieg von circa 3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht (Statistik Austria, 2024). Dieser Kostenanstieg ist zum einen durch den demografischen Wandel, insbesondere die alternde Bevölkerung, bedingt, die eine verstärkte Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen mit sich bringt, zum anderen durch medizinisch-technischen Fortschritt und steigende Personal- und Sachkosten.

Die Finanzierung der Gesundheitsausgaben erfolgt in Österreich hauptsächlich durch die Sozialversicherung, die etwa 60 bis 65 % der Kosten trägt. Der öffentliche Sektor, bestehend aus Bund, Ländern und Gemeinden, finanziert etwa 15 bis 20 %, vor allem durch die Finanzierung öffentlicher Krankenhäuser und präventiver Maßnahmen. Private Haushalte tragen rund 23 % der Ausgaben, das vor allem durch Selbstbehalte, private Zusatzversicherungen und Zahlungen für Wahlärzte. Insgesamt zeichnet sich ein Trend zur höheren privaten Finanzierung ab, was Diskussionen über die soziale Gerechtigkeit und Zugänglichkeit im Gesundheitssystem anheizt (Sozialministerium, 2024; Statistik Austria, 2024).

Die Inflation im Gesundheitssektor lag 2024 bei etwa 3,5 %, etwas höher als die allgemeine Verbraucherpreisinflation. Dies resultiert aus gestiegenen Lohnkosten im Pflege- und Ärztesektor sowie aus teureren medizinischen Geräten und Arzneimitteln. Die Kostenentwicklung wird weiterhin durch den Mangel an Fachkräften und die Notwendigkeit innovativer Therapien angetrieben, was den finanziellen Druck auf das System erhöht. Gleichzeitig gibt es Initiativen zur Effizienzsteigerung durch Digitalisierung und neue Versorgungsmodelle, um die Kostenentwicklung zu dämpfen (Sozialministerium, 2024; WIFO, 2024).

Zusammenfassend steht der österreichische Gesundheitssektor vor der Herausforderung, den steigenden finanziellen Bedarf bei gleichzeitig begrenzten Ressourcen nachhaltig zu finanzieren. Die demografische Entwicklung, steigende Kosten und die wachsende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Leistungen machen Reformen und eine ausgewogene Finanzierung dringend notwendig.

8.1.1.3 Hauptkostentreiber im österreichischen Gesundheitssektor

Ein großer Teil der Ausgaben im österreichischen Gesundheitssektor entfällt auf die Personalkosten. Die Anzahl der Beschäftigten, insbesondere im Pflegebereich und bei ärztlichen Fachkräften, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Gleichzeitig führen Tarifsteigerungen und die zunehmende Arbeitsbelastung zu höheren Personalkosten, die einen wesentlichen Kostenfaktor darstellen (Sozialministerium, 2024; Statistik Austria, 2024).

Auch die Kosten für Medikamente und Heilmittel haben sich erhöht. Dies liegt vor allem den ansteigenden Preisen sowie dem vermehrten Einsatz innovativer und spezialisierter Medikamente, insbesondere für chronische und seltene Erkrankungen. Neue Therapien, die hohe Entwicklungskosten haben, tragen ebenfalls zur Kostensteigerung bei (WIFO, 2024; Sozialministerium, 2024).

Zudem fließen verstärkt Investitionen in Infrastruktur, Medizintechnik und Digitalisierung. Spitäler, Rehabilitationszentren und digitale Gesundheitsplattformen sind Schwerpunkte dieser Ausgaben, die das Volumen der Gesundheitsausgaben insgesamt erhöhen. Langfristig sollen diese Investitionen die Versorgungsqualität verbessern und Effizienzgewinne ermöglichen (WIFO, 2024).

Nicht zuletzt steigen die Ausgaben für Langzeitpflege kontinuierlich aufgrund der alternden Bevölkerung. Dies betrifft sowohl stationäre Pflegeeinrichtungen als auch ambulante Pflegedienste und unterstützende Technologien, die zur Erhaltung der Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen beitragen (Sozialministerium, 2024; Statistik Austria, 2024).

Die Statistik zu den Betreuungs- und Pflegediensten bietet eine umfassende Übersicht über die Entwicklung und den aktuellen Stand dieser Dienstleistungen im Jahr 2022. Betreuungs- und Pflegedienste sind seit jeher ein zentrales Element der öffentlichen Pflegevorsorge, insbesondere für ältere Menschen. Derzeit sind etwa 460.000 Menschen in Österreich pflegebedürftig wobei die Pflegebedürftigkeit mit dem Alter stark zu nimmt. Frauen sind häufiger betroffen als Männer und ein großer Teil der Pflege wird informell durch Angehörige erbracht, doch der Bedarf an professionellen Diensten steigt kontinuierlich.

8.1.1.4 Demografischer Einfluss auf den österreichischen Gesundheitssektor – Detailbeschreibung

Österreich erlebt einen deutlichen Anstieg der älteren Bevölkerung. Derzeit machen Personen ab 65 Jahren etwa 20 % der Gesamtbevölkerung aus, wobei Prognosen bis 2040 einen Anstieg auf bis zu 30 % vorhersagen (Statistik Austria, 2024). Diese Alterung der Bevölkerung hat erhebliche Auswirkungen auf den Gesundheitssektor, da ältere Menschen einen deutlich höheren Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen haben. Besonders relevant sind chronische Krankheiten, Mehrfacherkrankungen sowie ein gesteigerter Pflegebedarf.

Im Zuge dieser demografischen Veränderungen steigt der Bedarf an Langzeitpflege kontinuierlich. Die höhere Lebenserwartung und zunehmende Multimorbidität – also das gleichzeitige Vorliegen mehrerer chronischer Erkrankungen – führen zu einer verstärkten Nachfrage nach sowohl stationärer als auch ambulanter Pflege. Zusätzlich nimmt die Prävalenz chronischer Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Demenz mit steigendem Alter zu, was langfristige und oft kostenintensive Behandlungsmaßnahmen erfordert (Sozialministerium, 2024; WIFO, 2024).

Ältere Bevölkerungsgruppen nutzen darüber hinaus deutlich mehr medizinische Leistungen als jüngere Alterskohorten. Dies zeigt sich in häufigeren Arztbesuchen, Krankenhausaufenthalten und therapeutischen Maßnahmen, was die Gesamtausgaben im Gesundheitssektor weiter ansteigen lässt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sieht sich das Gesundheitssystem mit mehreren Herausforderungen konfrontiert. Die Finanzierung muss an den wachsenden Bedarf angepasst werden, ohne die soziale Absicherung und den Zugang zur Versorgung zu gefährden. Gleichzeitig verschärft der demografisch bedingte Anstieg des Pflege- und Betreuungsbedarfs den bestehenden Fachkräftemangel, da immer mehr qualifiziertes Personal benötigt wird, während die Erwerbstätigenquote sinkt. Um die Versorgung auch zukünftig sicherzustellen, sind innovative Versorgungsmodelle, verstärkte Präventionsmaßnahmen und der Einsatz von Digitalisierung essenziell (Sozialministerium, 2024; Statistik Austria, 2024).

8.1.1.5 Zukünftiger Personalbedarf

Der Personalbedarf in der Langzeitpflege in Österreich wird in den kommenden zwei Jahrzehnten erheblich steigen. Ursache dafür ist vor allem der demografische Wandel, der eine deutlich wachsende Zahl an Pflegebedürftigen im höheren Alterssegment mit sich bringt. Aktuell sind rund 500.000 Menschen in Österreich pflegebedürftig, Tendenz steigend. Prognosen gehen davon aus, dass bis 2045 die Zahl der Pflegebedürftigen auf etwa 800.000 Personen anwachsen wird (WIFO, 2024; Sozialministerium, 2024).

Dieser Anstieg führt zu einem stark erhöhten Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal. Aktuelle Schätzungen zufolge fehlen in Österreich bereits heute mehrere Tausend Pflegekräfte, vor allem in der Langzeitpflege. Um den zukünftigen Bedarf zu decken, müssten bis 2045 rund 70.000 zusätzliche Vollzeit-Pflegekräfte eingestellt werden, was einer Steigerung des Personals um etwa 50 % im Vergleich zu heute entspricht (WIFO, 2024; Österreichisches Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, 2023).

Region	Aktuelle Pflegekräfte (2024)	Geschätzter Pflegekräftebedarf 2045	Steigerung (%)
Wien	15 000	22 500	+50 %
Niederösterreich	12 000	18 000	+50 %
Oberösterreich	10 000	15 000	+50 %
Steiermark	8 000	12 000	+50 %
Tirol	5 000	7 500	+50 %
Weitere Bundesländer	20 000	30 000	+50 %
Gesamt Österreich	70 000	105 000	+50 %

Die Tabelle zeigt eine einheitliche prozentuale Steigerung des Pflegepersonals von rund 50 % bis zum Jahr 2045, basierend auf der prognostizierten Zunahme der Pflegebedürftigen um rund 60 %. Die regionale Verteilung orientiert sich an aktuellen Beschäftigtenzahlen und der Bevölkerungsstruktur in den Bundesländern. Wien und Niederösterreich haben aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße und dem Anteil älterer Menschen den größten Bedarf an zusätzlichem Pflegepersonal.

Diese Steigerung ist notwendig, um die Versorgung trotz wachsender Nachfrage durch die alternde Bevölkerung sicherzustellen. Die Herausforderung besteht darin, die erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu halten, insbesondere vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung im Erwerbsalter.

Der steigende Bedarf wird nicht nur durch die höhere Zahl der Pflegebedürftigen getrieben, sondern auch durch den zunehmenden Bedarf an spezialisierten Pflegeleistungen aufgrund von Mehrfacherkrankungen und komplexen Pflegeanforderungen. Gleichzeitig erschwert der demografische Wandel die Personalgewinnung, da die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt abnimmt und der Wettbewerb um Fachkräfte wächst.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind umfassende Maßnahmen erforderlich, darunter bessere Arbeitsbedingungen, attraktive Ausbildungsangebote, verstärkte Digitalisierung und Unterstützung durch technische Hilfsmittel sowie ein Ausbau von Präventions- und Gesundheitsförderungsprogrammen, um den Pflegebedarf langfristig zu senken (Sozialministerium, 2024; WIFO, 2024).

8.1.1.6 Verteilung mobiler und stationärer Pflege in Österreich – Stand und regionale Unterschiede

In Österreich werden pflegebedürftige Menschen sowohl durch mobile Dienste als auch in stationären Pflegeeinrichtungen betreut. Die Wahl zwischen diesen Versorgungsformen hängt von individuellen Bedürfnissen, der familiären Situation sowie regionalen Strukturen und Angeboten ab. Die aktuelle Verteilung zeigt eine stärkere Inanspruchnahme mobiler Pflegeleistungen, wobei es deutliche regionale Unterschiede gibt.

Laut den Daten von Statistik Austria (2023) erhielten rund 100.000 Personen Pflege durch mobile Dienste, was etwa 21 % der rund 470.000 Pflegegeldbeziehenden entspricht. Demgegenüber befanden sich rund 67.600 Personen in stationärer Pflege, was einem Anteil von 14,4 % entspricht (GOLTC, 2024).

Mobile Pflege umfasst Leistungen wie Hauskrankenpflege, mobile Betreuung und Heimhilfe. Diese Versorgungsform ermöglicht es älteren oder pflegebedürftigen Menschen, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu verbleiben. Besonders in westlichen Bundesländern wie Vorarlberg ist der Anteil mobiler Pflege besonders hoch: Dort erhalten etwa 50 % der Pflegegeldbeziehenden Unterstützung durch mobile Dienste. In anderen Bundesländern liegt der Anteil im Schnitt bei einem Drittel, mit Burgenland und Oberösterreich am unteren Ende der Skala (Caritas/WIFO, 2024).

In Wien etwa wurden im Jahr 2023 laut Fonds Soziales Wien 34.190 Personen durch mobile Pflege- und Betreuungsdienste versorgt. Demgegenüber standen 21.960 Personen, die in stationären Pflegeeinrichtungen (wie Pflegeheimen) betreut wurden (FSW, 2024). Der städtische Raum begünstigt den Ausbau mobiler Dienste, wobei urbane Infrastrukturen auch mehr Flexibilität bei der Personaleinteilung ermöglichen.

Die Daten zeigen klar, dass die mobile Pflege eine zentrale Rolle in der österreichischen Versorgungslandschaft spielt und – auch im Sinne der Kosten- und Ressourceneffizienz – als bevorzugte Versorgungsform gilt. Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass stationäre Pflegeplätze weiterhin unerlässlich sind, insbesondere für Menschen mit hohem Pflegebedarf oder fehlendem familiären Umfeld.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung und die wachsende Zahl an Hochbetagten wird die Herausforderung in Zukunft darin bestehen, beide Versorgungsformen bedarfsgerecht auszubauen, regional zu harmonisieren und personell abzusichern.

8.1.1.7 Pflegereform und Pflegeheime in Österreich – Fokus und Auswirkungen

Im Rahmen der österreichischen Pflegereform 2022–2024 wurden umfassende Maßnahmen gesetzt, um die Qualität und Finanzierung der Pflege – insbesondere in stationären Einrichtungen wie Pflegeheimen – nachhaltig zu sichern. Pflegeheime stehen im Zentrum der Versorgung einer alternden Bevölkerung, doch sie sind gleichzeitig stark von strukturellen Herausforderungen betroffen. Dazu zählt der zunehmende Fachkräftemangel, steigende Kosten für Personal und Infrastruktur sowie wachsende Ansprüche an die Qualität der Betreuung.

Ein zentrales Ziel der Reform war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal in Pflegeheimen. Seit 2023 erhalten Pflegeassistenten-innen und diplomierte Pflegekräfte, die in stationären Einrichtungen arbeiten, ab dem 43. Lebensjahr eine zusätzliche Urlaubswoche. Zusätzlich wurde ein Zeitguthaben von zwei Stunden pro Nachtdienst eingeführt, um die Belastung in der Nachtarbeit abzufedern (Sozialministerium, 2023a).

Auch die Förderung der Ausbildung spielt eine wichtige Rolle. Durch das sogenannte Pflegestipendium, das bis zu 1.400 € monatlich umfasst, sollen vermehrt junge Menschen für eine Pflegeausbildung gewonnen werden. Laut aktuellen Daten befanden sich 2024 bereits mehr als 7.000 Personen in Ausbildung – ein Großteil davon mit späterem Einsatz in Pflegeheimen (Parlament, 2024).

Um Pflegeheime für die Zukunft zu rüsten, wurden zudem Investitionsmittel für Digitalisierung und Infrastruktur bereitgestellt. Ziel ist es, durch intelligente Pflegetechnologien – etwa sensorbasierte Bettsysteme und digitale Dokumentation – das Personal zu entlasten und die Versorgungsqualität zu erhöhen (Parlament, 2024). Die Reform fördert außerdem Projekte zur Qualitätssicherung, wie die Etablierung eines nationalen Qualitätsrahmens für stationäre Einrichtungen.

Für pflegende Angehörige wurde ebenfalls Unterstützung geschaffen, die den Übergang von häuslicher Betreuung in eine Pflegeheimversorgung erleichtern soll. Dazu zählen höhere Förderungen für Ersatzpflege und ein jährlicher Angehörigenbonus in Höhe von 1.500 € für Menschen, die Familienmitglieder pflegen und dafür teils ihre Berufstätigkeit aufgeben (Sozialministerium, 2023b).

Nicht zuletzt wurde auch die Finanzierung der Pflegeheime gestärkt: Die Bundesmittel für Pflege und Betreuung wurden bis 2026 schrittweise um rund 1 Milliarde Euro aufgestockt. Ein Teil dieser Mittel fließt direkt in die Landesbudgets, um den steigenden Betriebskosten in Pflegeheimen – insbesondere durch Personalkosten und Inflation – entgegenzuwirken (Pflege.gv.at, 2024).

Insgesamt zeigt sich: Die Reform adressiert viele der strukturellen Schwächen in der stationären Pflege, doch der Erfolg wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten – insbesondere im Bereich der Langzeitpflegeheime.

Quellen:

- *WIFO (2024): Rezession in Österreich hält an. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/news/rezession-in-oesterreich-haelt-an/ (Zugriff: 02.06.2025)*
- *OeNB (2024a): Pressemitteilung und volkswirtschaftliche Prognose, Dezember 2024. Oesterreichische Nationalbank. Verfügbar unter: https://www.oenb.at/Presse/Pressearchiv/2024/20241213.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *OeNB (2024b): Bericht zur öffentlichen Verschuldung Österreichs 2024. Oesterreichische Nationalbank. Verfügbar unter: https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2024/report-2024-22-prognose/html-version.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *KPMG (2024): Bericht zur wirtschaftlichen Lage der österreichischen Industrie. Verfügbar unter: https://home.kpmg/at/de/home/insights/2024/industriebericht.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (2024): Konjunkturbericht 2024. Verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/news/konjunkturbericht-2024 (Zugriff: 02.06.2025)*
- *OTS.at (2024): Pressemitteilungen zur Industrie- und Bauwirtschaftsentwicklung. Verfügbar unter: https://www.ots.at/thema/industrie-bauwirtschaft (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Statistik Austria (2024): Gesundheitsausgaben und Finanzierung in Österreich. Verfügbar unter: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/index.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Statistik Austria (2024): Gesundheitsausgaben und Beschäftigtenzahlen im Gesundheitswesen. Verfügbar unter: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/index.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *WIFO (2024): Kostenentwicklung im österreichischen Gesundheitswesen. Verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/news/gesundheitswesen-kostenentwicklung (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Sozialministerium Österreich (2024): Gesundheitsberichterstattung 2024. Verfügbar unter: https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsberichterstattung (Zugriff: 02.06.2025)*
- *WIFO (2024): Kostenentwicklung und Herausforderungen im österreichischen Gesundheitswesen. Verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/news/gesundheitswesen-kostenentwicklung (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Statistik Austria (2024): Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur in Österreich. Verfügbar unter: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/index.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Sozialministerium Österreich (2024): Gesundheitsberichterstattung 2024 – Auswirkungen der Demografie auf das Gesundheitssystem. Verfügbar unter: https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsberichterstattung (Zugriff: 02.06.2025)*
- *WIFO (2024): Gesundheitswesen – Herausforderungen durch demografische Veränderungen. Verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/news/demografie-und-gesundheitswesen (Zugriff: 02.06.2025)*

- *WIFO (2024): Personalbedarf in der Langzeitpflege – Prognosen bis 2045. Verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/news/personalbedarf-langzeitpflege (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Sozialministerium Österreich (2024): Gesundheitsberichterstattung – Pflege und Betreuung. Verfügbar unter: https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Pflege-und-Betreuung (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Österreichisches Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (2023). Verfügbar unter: https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10004953 (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Sozialministerium (2023a): Pflegereform – Arbeit in der Pflege. Verfügbar unter: https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Pflege/Pflegereform/Arbeit-in-der-Pflege.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Sozialministerium (2023b): Pflegereform – Betroffene und Angehörige in der Pflege. Verfügbar unter: https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Pflege/Pflegereform/Betroffene-und-Angehoerige-in-der-Pflege.html (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Pflege.gv.at (2024): Pflegereform 2022–2024 – Überblick über Maßnahmen. Verfügbar unter: https://pflege.gv.at/de/pflegereform-2022-2024 (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Parlament Österreich (2024): Pflegereformpaket III – Plenardebatte vom 23.01.2024. Verfügbar unter: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2024/pk0792 (Zugriff: 02.06.2025)*
- *GOLTC – Global Observatory for Long-Term Care (2024): Austria: Country Profile – Long-Term Care System Overview. Verfügbar unter: https://goltc.org/system-profile/osterreich (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Caritas Österreich / WIFO (2024): Visualisierung des österreichischen Pflegesystems. Verfügbar unter: https://www.caritas.at/.../WIFO_Visualisierungen_oesterr_Pflegesystems_09-2024.pdf (Zugriff: 02.06.2025)*
- *Fonds Soziales Wien (2024): Factsheet Pflege und Betreuung in Wien 2023. Verfügbar unter: https://www.fsw.at/downloads/ueber-den-FSW/zahlen-daten-fakten/fakten/factsheet-pflege-und-betreuung-in-wien-stand-2023.pdf (Zugriff: 02.06.2025)*

8.1.1.8 Entwicklung der Warenbereiche

Umsatzverteilung	2023-2024	2024-2025
Speisen und Getränke	58 %	60 %
Verbrauchsgüter	28 %	28 %
Energie	9 %	6 %
Investitionsgüter sonst.	5 %	6 %

8.1.1.9 Sonstiges

Aktuell werden 159.845 Eingangsrechnungen elektronisch verarbeitet, davon 96,7 % per EDI und 124.529 Ausgangsrechnungen erstellt, davon 98,81 % per Mail bzw. Download.

8.1.2 Bericht über Zweigniederlassungen

Es gibt keine Zweigniederlassungen.

8.1.3 Wirtschaftliche Lage

8.1.3.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich auf € 18.029.425,73 erhöht.

8.1.3.2 Ertragslage

Die Hand Over Beschaffungsdienstleistungs GmbH konnte im Wirtschaftsjahr 2024/25 mit einem Umsatzerlös von € 118 Mio. ein Wachstum von 10,05 % erzielen.

Der Personalaufwand ist um 9,71 % auf € 809.980,98 gestiegen. Zum Bilanzstichtag waren 9 (VJ: 8) Angestellte beschäftigt.

Der Betriebserfolg liegt mit € 801.496,65 um € 46.693,24 bzw. um 6,19 % über dem Vorjahr.

Der Finanzerfolg beträgt € 72.329,08 (Vorjahr € 75.628,10).

Das Ergebnis vor Steuern liegt somit bei € 873.825,73 (+ € 43.394,22 bzw. 5,23 %) was einem Jahresüberschuss nach Steuern von € 672.112,23 entspricht.

8.1.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

a. Kennzahlen zur Ertragslage

aa. Umsatzerlöse (Sales)

Werte in EUR	30.4.2025	30.4.2024
Umsatzerlöse	**117.996.093,93**	**107.222.996,01**

ab. Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Earnings before Interest and Tax – EBIT)

Werte in EUR	30.4.2025	30.4.2024
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	873.825,73	830.431,51
+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen gem. § 231 Abs 2 Z 15 bzw. Abs 3 Z 14 UGB	0,00	76,68
= Ergebnis vor Zinsen und Steuern	**873.825,73**	**830.508,19**

ac. Umsatzrentabilität (Return on Sales – ROS)

Werte in EUR	30.4.2025	30.4.2024
Ergebnis vor Zinsen und Steuern	873.825,73	830.508,19
/ Umsatzerlöse	117.996.093,93	107.222.996,01
= Umsatzrentabilität	**0,74%**	**0,77%**

ad. Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – ROE)

Werte in EUR	30.4.2025	30.4.2024
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	873.825,73	830.431,51
/ Eigenkapital	4.179.033,53	3.715.071,02
= Eigenkapitalrentabilität	**20,91%**	**22,35%**

Als Basis für die Kapitalrentabilität wurde das Eigenkapital am Anfang des Geschäftsjahres herangezogen (KFS/BW3).

b. Kennzahlen zur Vermögens- und Finanzlage

ba. Eigenkapitalquote (Equity Ratio)

Werte in EUR	30.4.2025	30.4.2024
Eigenkapital	4.811.145,75	4.179.033,52
/ Gesamtkapital	18.029.425,73	16.603.951,42
= Eigenkapitalquote	**26,68%**	**25,17%**

bb. Cash-flow-Kennzahlen

Werte in TEUR	30.4.2025	30.4.2024
Netto-Geldfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	749	653
Netto-Geldfluss aus der Investitionstätigkeit	0	0
Netto-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-40	-170
zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes		
wechselkursbedingte und sonstige Wertänderungen des Finanzmittelbestandes	0	0
Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	3.953	3.470
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	4.662	3.953

8.1.4.1 Verwendung von Finanzinstrumenten

Es existieren keine Veranlagungen in derivative Finanzinstrumente.

8.2 VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT

Aufgrund der geplanten Maßnahmen in den einzelnen Warengruppenbereichen wurde ein Wachstum für das WJ 2025/2026 budgetiert. Warengruppenpenetration sowie Interne Prozesseffizienz und Risikomanagement stehen weiter im Focus.

8.3 FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Im Bereich der Forschung und Entwicklung gab es branchenbedingt keine relevanten Aktivitäten.

8.4 WESENTLICHE RISIKEN UND UNGEWISSHEITEN

Risiken und Ungewissheiten betreffend das abgelaufene Geschäftsjahr sind keine bekannt.

Es besteht keine Forderungsausfallversicherung. Eventuell auftretende Insolvenzen der angeschlossenen Mitgliedsbetriebe werden in Eigenvorsorge über Budget bzw. Eigenkapital gedeckt.

Anif, am 22.07.25